

Stadt Wiesmoor

60. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes A 21 „Solarpark Nord“

Erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der
Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB
im Zeitraum 12.04.2024 – 17.05.2024

Abwägungsvorschläge

Stand: 30.08.2024

I. Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

A) Stellungnahmen ohne Bedenken

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Schreiben vom 15.04.2024

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebene(n) Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Deutsche Telekom Technik GmbH, Schreiben vom 17.05.2024

Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Mail vom 12.07.2022 Stellung genommen. Wir haben keine neuen Anregungen oder Bedenken.

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH, Schreiben vom 15.05.2024

Bebauungsplan A 21:

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

60. Änderung des Flächennutzungsplanes:

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Entwässerungsverband Oldersum, Schreiben vom 29.04.2024

Das Vorhaben befindet sich außerhalb unseres Verbandsgebietes. Somit keine weiteren Anmerkungen zum Verfahren.

Nds. Landesforsten, Forstamt Ankum, Schreiben vom 15.04.2024

Für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme bedanke ich mich.
Aus hiesiger Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die o.g. Planungen.

TenneT TSO GmbH, Schreiben vom 16.04.2024

In der angegebenen Örtlichkeit befinden sich keine Versorgungsanlagen unserer Gesellschaft.

LGLN, Regionaldirektion Aurich, Katasteramt Aurich, Schreiben vom 08.05.2024

Zu dem oben genannten Bebauungsplan wird vom Katasteramt als Träger öffentlicher Belange folgende Stellungnahme abgegeben: Gegen den Bebauungsplan (bzw. die Änderung) bestehen keine Bedenken.

Industrie- und Handelskammer, Schreiben vom 15.05.2024

Die Planungsunterlagen haben wir geprüft. Änderungswünsche sind uns nicht bekannt geworden. Aus unserer Sicht sind daher keine Bedenken oder Ergänzungen anzumelden.

B) Stellungnahmen ohne Bedenken, mit allgemeinen HinweisenAvacon Netz GmbH, Schreiben vom 17.04.2024

Gern beantworten wir Ihre Anfrage. Durch die im Betreff genannten Bauleitplanungen ist teilweise unsere 110-kV-Hochspannungsfreileitung betroffen.

Bei Einhaltung der im Anhang aufgeführten Hinweise haben wir gegen das im Betreff genannte Vorhaben keine weiteren Einwände oder Bedenken. Änderungen der uns vorliegenden Planung bedürfen unserer erneuten Prüfung. Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.

Die Avacon Netz GmbH wird am weiteren Verfahren beteiligt.

Die Sicherheitsabstände zu unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung „Conneforde-Wiesmoor“, LH-14-007 (Mast 188-190) werden durch die DIN EN 50341-1 (VDE 0210-1) geregelt.

Arbeiten und geplante Bebauungen innerhalb des Leitungsschutzbereiches unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung sind grundsätzlich im Detail mit uns abzustimmen. Innerhalb des Leitungsschutzbereiches sind die zulässigen Arbeits- und Bauhöhen begrenzt.

Das Anfragegebiet befindet sich südwestlich des Leitungsschutzbereiches unserer 110-kV-Hochspannungsfreileitung.

Die Lage des Leitungsschutzbereiches entnehmen Sie bitte dem beigefügten Planwerk der Sparte Hochspannung.

Im Näherungsbereich zwischen Photovoltaik-Anlagen und unseren Mastfundamenten kann es zu Spannungsverschleppungen in der Photovoltaikanlage kommen. Die Anlage ist durch geeignete Maßnahmen zu isolieren.

Solarmodule, Hilfseinrichtungen u. ä. im Näherungsbereich der Hochspannungsfreileitung müssen einem möglichen Eisabwurf standhalten. Für Schäden jeglicher Art (Eisabwurf, Spannungsverschleppung, Schäden durch Anlagenschäden u. ä.) übernimmt die Avacon Netz GmbH keine Haftung.

Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass mit Vogelkot sowie bei ungünstigen Witterungsverhältnissen mit Eisabwurf von den Leiterseilen unserer 110-kV Hochspannungsfreileitung zu rechnen ist. Für solche natur- und witterungsbedingten Schäden wird von unserer Seite keine Haftung übernommen.

An unserer Hochspannungsfreileitung können bei bestimmten Witterungsverhältnissen (Wind, Regen, Nebel oder Raureif) Geräusche/Koronaentladungen entstehen. Diese sind anlagenbedingt nicht vermeidbar und führen zu keinem Anspruch gegen die Avacon Netz GmbH.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, Schreiben vom 13.05.2024

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine

gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

<i>Objektname</i>	<i>Betreiber</i>	<i>Leitungstyp</i>	<i>Leitungsstatus</i>
HD_PN70	EWE Netz GmbH	Gashochdruckleitung	Betriebsbereit/ in Betrieb

Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist

die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.

Wir bitten darum, sich mit dem/den betroffenen Unternehmen in Verbindung zu setzen und die

ggf. zu treffenden Schutzmaßnahmen abzustimmen. Sofern Ihr Planungsvorhaben Windenergieanlagen betrifft, wird auf die Rundverfügung: Abstand von Windkraftanlagen (WEA) zu Einrichtungen des Bergbaus verwiesen, auch zu finden als Download auf der Webseite des LBEG.

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und

Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS® Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.

EWE Netz GmbH, Schreiben vom 17.04.2024

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Das Erdgashochdrucknetz kann durch Näherung Ihrer Baumaßnahme beeinflusst werden. Hierfür setzen Sie sich bitte per E-Mail mit unserer zuständigen Fachabteilung: NOF-NetztechnikGW@ewe-netz.de in Verbindung. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher,

dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an einem anderen Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, gelten dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik. Für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plan- oder Baugebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ planen Sie bitte einen Versorgungstreifen bzw. -korridore für z.B. Telekommunikationslinien und Elektrizitätsleitungen gemäß DIN 1998 von mindestens 2,2 m mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 5m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Für einen eventuell später steigenden Leistungsbedarf könnte ein weiterer Stationsplatz und Leitungsverlegungen in den Versorgungstreifen erforderlich werden. Wir bitten Sie, dass bei Ihren Planungen ebenfalls zu berücksichtigen.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ GmbH, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Damit die Planung Ihres Baugebietes durch uns erfolgen kann, teilen Sie uns bitte die dafür notwendigen Informationen über den folgenden Link mit:

<https://www.ewe-netz.de/kommunen/service/neubaugebietserschliessung>

In der Laufzeit Ihres Verfahrens kann sich unser Leitungs- und Anlagenbestand ändern. Damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage eines veralteten Planwerkes kommt, nutzen Sie dafür bitte unsere aktuelle Leitungs- und Anlagenauskunft. Auf unserer Internetseite der EWE NETZ GmbH können Sie sich jederzeit nach einer erfolgreichen Registrierung auf unserem modernen Planauskunftsportal über die konkrete Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen informieren: <https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.

NLWKN Betriebsstelle Aurich, Schreiben vom 22.04.2024

Gegen die oben genannte Planung bestehen keine Bedenken, da wesentliche Auswirkungen auf den Wasserhaushalt nicht erwartet werden, wenn folgende Punkte beachtet werden:
- In der Begründung zum Bebauungsplan sind Aussagen zur Löschwasserversorgung zu treffen.

Stellungnahme als TÖB:

Anlagen und Gewässer des NLWKN (Bst. Aurich) im GB I (Landeseigene Gewässer) und GBIII (GLD) sind durch die Planungen nicht nachteilig betroffen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Aussagen zur Löschwasserversorgung sind in Kap. 9 der Begründung zum Bebauungsplan enthalten.

C) Abwägungsrelevante Stellungnahmen

Landkreis Aurich, Schreiben vom 16.05.2024

Naturschutzfachliche Bedenken

Im Rahmen der TöB-Beteiligung wurde von meiner Behörde die Wahl der Konversionsflächen als umweltverträglicher Standort von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien bereits begrüßt. Weiterhin wird begrüßt, dass die Biotoptypen „Sonstiges naturnahes Sukzessionsgebüsch (BRS)“ und die Fläche der brachgefallenen, verbuschten „Baumschule (EBB)“ von der Bebauung ausgeschlossen werden, da sie als Wald im Sinne des Landeswaldgesetzes eingestuft wurden und gem. § 9 Abs. 1 Nr. 18b BauGB als „Flächen für Wald“ festgesetzt werden, womit eine Bebauung ausgeschlossen ist. Auch ein Teil des Biotoptyps Baumhecke (HFB) mit ca. 648 m² Fläche wurde hierbei einbezogen (vgl. 6.2.1 im Umweltbericht). Die unter Punkt 8 (S. 25 ff.) in dem vorgelegten Umweltbericht aufgeführten Vermeidungs-, Verringerungs- und Kompensationsmaßnahmen sind vollumfänglich umzusetzen. Insbesondere die zusätzliche Anpflanzung von Gehölzen um die Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FF-PV) sowie die dauerhafte Erhaltung der Gehölzstrukturen zur Kompensation der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes sind für die vorliegende Planung in Hinblick auf das Landschaftsbild essenziell.

Abwägungsvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und beachtet.

Kompensationsüberschuss

Es bestehen Bedenken gegen die im Umweltbericht ermittelten Versiegelungs- und Entsiegelungswerte und den dadurch entstehenden „Kompensationsüberschuss“. Im Umweltbericht wird ein Kompensationsbedarf von rd. 14.874 m² für das Schutzgut Boden ermittelt. Für das Schutzgut Vegetation entsteht ein Kompensationsbedarf von 2.298 m². Durch die Entfernung der Folien entsteht eine Entsiegelung von 84.353 m². Abzüglich der erforderlichen Kompensation verbleibe so ein Kompensationsüberschuss von 67.181 m² (siehe S. 28 im Umweltbericht).

Abwägungsvorschlag:

In dem Umweltbericht wurden die Schutzgüter getrennt voneinander betrachtet. So ergeben sich aufgrund der Beseitigung und Überbauung von 935 m² Strauch-Baum-Hecke, 1.293 m² Baum-Hecke und 2.298 m² Ruderalflur trockener Standorte ein Kompensationsbedarf von 4.526 m² für das Schutzgut Vegetation. Für das Schutzgut Boden werden 15 % der Fläche als versiegelt angenommen, so dass sich insgesamt 29.748 m² Versiegelung ergeben, die im Verhältnis von 1:0,5 nach BREUER (2006) zu kompensieren wären. Das bedeutet ein Kompensationsbedarf von 14.874 m² für das Schutzgut Boden und für die sonstigen abiotischen Schutzgüter. Es verbleibt gemäß Umweltbericht ein Kompensationsüberschuss von 67.181 m². In den „Beiträgen zur Eingriffsregelung“ (NLWKN 2004:247) wird beim Schutzgut Boden dargestellt, dass bei Boden von allgemeiner Bedeutung im Verhältnis 1:0,5 zu kompensieren wäre, möglichst über die Entsiegelung von Flächen. Stehen diese außerhalb nicht zur Verfügung, ist auch eine Herausnahme von Flächen aus intensiver Nutzung möglich, Zitat: „hierfür kommen auch die vom Solarpark überplanten Flächen in Frage, sofern diese zuvor Biotoptypen der Wertstufen I oder II angehörten und in eine höhere Wertestufe (mindestens Wertstufe III) entwickelt werden können.“ (NLWKN 2004:247). Dies ist bei der vorliegenden Planung der Fall, da fast ausschließlich Flächen von ehemaligen Gartenbaumflächen mit der Wertstufe I überplant werden. Die Funktionen des Bodens sind im vorliegenden Fall auf mehr als 84.000 m² gestört aufgrund von Versiegelung, von Reliefveränderung, von Erhöhung der Oberflächenabflüsse, von Störung des Bodenwasserhaushaltes und von Beeinträchtigung des Bo-

denlebens durch die bestehende Versiegelung. Mit der Herausnahme der Folie auf dieser Fläche mit einer Größe von 85.000 m² wird der Boden bereits nachhaltig verbessert, siehe BREUER (1994:51). Diese Verbesserung ist unabhängig von dem Schutzgut Biotope/Lebensgemeinschaften, da diese bei Eingriffen auch getrennt zu kompensieren und zu betrachten sind.

Die eingereichte Planzeichnung und die Systemskizze zeigen, dass eine sehr engmaschige Anordnung der Modultische angestrebt wird. Der Reihenabstand beträgt dabei nur mind. 2 m. Ein Modultisch hat eine Breite von 6,545 m in östlicher Ausrichtung, in einem Abstand von 0,3 m folgt ein Modultisch in westlicher Ausrichtung mit der gleichen Tiefe. Die Modultische sind spitzdachartig zueinander an-geordnet. Die überschattete Fläche hat somit eine Breite von ca. 13 m wohingegen der gewählte Reihenabstand sehr schmal ist. Insgesamt ergibt sich dadurch eine sehr großflächig überschattete Fläche. In den Beiträgen zur Eingriffsregelung VIII vom NLWKN (Heft 4/ 2023) werden Hinweise für den naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FF-PV) gegeben. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes liegt demnach vor, wenn mehr als nur eine geringfügige Versiegelung und Verschattung von Boden vorliegt. Dieses ist für die vorliegende Planung demnach zutreffend.

Damit sich Lebensräume in Licht-, Halbschatten- und Schattenbereichen entwickeln können, sollte der Reihenabstand der Modultische entsprechend groß sein (mind. 3,5, besser 5 m). Die Tiefe der Modultische sollte max. 5 m betragen, damit sich Vegetation unter den Modulen entwickeln kann. Eine Orientierung an bereits umgesetzten naturverträglichen Solarparks wäre empfehlenswert (vgl. Hietel et al. 2021: Leitfaden für naturverträgliche und biodiversitätsfreundliche Solarparks und Inform. d. Naturschutz Niedersachs. 4/2023: Hinweise für einen naturverträglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen). Aus naturschutzfachlicher Sicht wäre für die vorliegende Planung daher grundsätzlich wünschenswert, den Reihenabstand zu vergrößern. Abstände zwischen den einzelnen Modulen oder Kompartimenten erhöhen jedoch auch die Flächeninanspruchnahme. FF-PV sind technisch überformte Bereiche, deren Wert für Naturschutz und Landschaftspflege stark eingeschränkt ist. In Solarparks könne günstigenfalls eine Kompensation der von ihnen ausgelösten Eingriffsfolgen erreicht werden. Optionen für die Entwicklung von Sonderbiotopen wie Kleingewässern, Lesestein- oder Totholzhaufen sollten in jedem Fall mit integriert werden, auch wenn deren Anlage nicht rechtlich erforderlich ist.

Abwägungsvorschlag:

Die Darstellung, dass bei Verschattung die Bodenbereiche zwar nicht vollständig dem Naturgeschehen entzogen werden, aber stark überprägt und hinsichtlich ihrer ökologischen Funktion und Werte stark eingeschränkt seien, ist fachlich nicht nachvollziehbar, weil dann auch natürliche Böden, die in verschatteten Waldbereichen oder auf der Nordseite von Berghängen, liegen, ebenfalls eine geringe ökologische Funktion haben müssten. Das extensive Grünland unter den Solarpaneelen entwickelt sich nicht so wie bei voller Belichtung, jedoch sind in Solarparks unter Solarpaneelen vollständig begrünte Flächen zu finden, die beim Einsatz von Regionalsaatgut auch artenreich sind. Um eine Entwicklung auch auf beschatteten Bereichen entsprechend zu optimieren, werden der Saatgutmischung schattentolerante Arten beigemischt, wie sie von Firmen z. B. für Stilllegungsflächen an Waldrändern oder Ackerflächen im Schatten von Wäldern angeboten werden (vgl. <https://www.saaten-zeller.de/landwirtschaft/waldrand-mischung>).

Im mehr oder weniger offenen, kultivierten Hochmoorgrünland sind Lesesteinhaufen kein kulturelles Element, da hier Steine nicht gefunden werden. Sie sollten auch nicht künstlich eingebracht werden, ebenso wie Totholzhaufen, die eher in die Wallheckenlandschaft der Geest gehören. Von der Anlage von Kleingewässern wird aufgrund einer hierfür erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigung Abstand genommen.

Der damit erreichbare Kompensationseffekt sollte gem. der Beiträge zur Eingriffsregelung VIII aber nicht überschätzt werden. Solche Maßnahmen begründen jedenfalls keine zusätzliche Anerkennung oder ein Ausgleichsguthaben für anderweitige Eingriffsfolgen (vgl. Inform. d. Naturschutz Niedersachs. 4/2023: S. 246). Ein unter Umständen auf bestimmte ökologische Einzelaspekte in Solarparks im Vergleich zu den in Anspruch genommenen Flächen erzielbarer „Mehrwert“ begründet darüber hinaus ebenfalls keine Anrechenbarkeit auf anderweitige Eingriffe (vgl. Inform. d. Naturschutz Niedersachs. 4/2023: S. 247).

Demnach ist es aus naturschutzfachlicher Sicht vertretbar, dass sich die geplante FF-PV durch die erfolgte Entsiegelung und die Einsaat von Grünland auf der Fläche in sich selbst kompensiert, ein Kompensationsüberschuss ist aus den o.a. Gründen jedoch nicht anrechenbar.

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Entwicklungskonzept Extensivgrünland

Zur Kompensation des entstehenden Eingriffs für die Schutzgüter Vegetation und Boden (insgesamt 17.172 m²) soll unter den Solarpaneelen artenreiches Extensivgrünland (GMF, GMS) entwickelt werden. Unklar bleibt, wie sich unter der gegebenen Planung eine extensive Grünland-nutzung mit diesen Zielbiotopen erreichen lässt, da die Reihenabstände zum einen sehr gering gewählt sind und sich durch die Anordnung der Modultische (spitzdachartig) eine großflächige Überschattung ergibt. Auch ist unklar, wie die Flächen in dieser Anordnung überhaupt unterhalten werden sollen. Gem. der Beiträge zur Eingriffsregelung 4/2023 sind die verschatteten Flächen im Unterschied zu einer versiegelten Fläche nicht vollständig dem Naturgeschehen entzogen, aber stark überprägt und hinsichtlich ihrer ökologischen Funktionen und Werte stark eingeschränkt. Eine Entwicklung von stark lichtabhängigen Offenlandbiotopen sei unter den Modultischen nicht oder nur bedingt möglich. Die damit verbundenen Beeinträchtigungen können mit der Entwicklung von Biotoptypen mindestens der Wertstufe III innerhalb des Solarparks als abgegolten betrachtet werden, wenn darin ausreichende Bedingungen für die Entwicklung sowie die dauerhafte Bewirtschaftung oder Pflege solcher Biotoptypen nachgewiesenermaßen gewährleistet sind und der Umfang dieser Biotoptypen mindestens ein Drittel des Solarparks umfasst. Dies sollte bei einem Mindestabstand der Modulunterkante von 0,8 m zum Boden, einer maximal überspannten Tiefe der Modultische von nicht mehr als 5 m und einem Abstand zwischen den Modulreihen von 3,5, besser 5 m erreichbar sein (vgl. Inform. d. Naturschutz Niedersachs. 4/2023). Die vorliegende Planung sieht jedoch nur einen Reihenabstand von mindestens 2 m vor und die Modultische haben eine Breite von 6,545 m und durch ihre spitzdachartige Anordnung eine Gesamtbreite von ca. 13 m. Vom Vorhabenträger ist aus diesem Grund ein Konzept zur Pflege/Nutzung der Grünlandflächen als Nachweis für die Entwicklungsvoraussetzungen von extensivem Grünland der Unteren Naturschutzbehörde vorzulegen.

Abwägungsvorschlag:

Ein Konzept zur Entwicklung und Bewirtschaftung ist bereits im Umweltbericht enthalten. Für die Flächen ist eine Ansaat mit entsprechender Regional-Saatgutmischung vorzunehmen. Natürlich entwickeln sich die Bestände nicht so optimal wie bei voller Belichtung, jedoch sind unter Solarpaneelen in Solarparks vollständig begrünte Flächen zu finden, die beim Einsatz von Regionalsaatgut auch artenreich sind. Um eine Entwicklung auch auf beschatteten Bereichen entsprechend zu optimieren, werden der Saatgutmischung schattentolerante Arten beigemischt, wie sie von Firmen z. B. für Stilllegungsflächen an Waldrändern oder Ackerflächen im Schatten von Wäldern angeboten werden (vgl. <https://www.saaten-zeller.de/landwirtschaft/waldrandmischung>).

Die als extensives Grünland zu pflegenden Flächen dürfen nicht unbewirtschaftet liegen gelassen werden. Eine Nutzung muss innerhalb der Vegetationszeit erfolgen und ist durch mindestens eine Mahd ab dem 15. Juni vorgesehen. Sollte eine Beweidung erfolgen, so in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September eines jeden Jahres. Eine Beweidung hat gemäß den Pflegeauflagen nur nach vorheriger Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde zu erfolgen. Vor dem Viehautrieb sollte eine Behandlung mit Anti-Parasitika ausschließlich nach Befund durchgeführt werden. Anwendung chemischer Mittel (Herbizide, Insektizide etc.) sind zu unterlassen, eine Kalkung und Düngung erfolgt nur nach Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde. Auch sind jegliche Änderungen der Nutzungsauflagen mit der für den Naturschutz zuständigen Behörde des Landkreises Aurich abzustimmen.

Folgenutzung

In den eingereichten Unterlagen werden keine Angaben zur Folgenutzung auf den Flächen gemacht. Aus naturschutzfachlicher Sicht sind der Rückbau der Anlagen und die Beibehaltung / Optimierung der extensiven Grünlandnutzung wünschenswert.

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis wird teilweise beachtet, die textliche Festsetzung Nr. 9 wurde zusätzlich aufgenommen. Sie setzt fest, dass die PV-Module und die Trafostationen nach der endgültigen Betriebseinstellung der PV-Anlage vollständig zurückzubauen sind. Nach Rückbau der Solaranlagen endet der Eingriff in die Fläche und somit ist eine Kompensation nicht mehr erforderlich. Die Fläche kann wieder im vollen Umfang landwirtschaftlich genutzt werden, auch wenn aus naturschutzfachlicher Sicht eine Beibehaltung / Optimierung der entstehenden Biotopie erstrebenswert wäre.

Wasserbehördliche Bedenken

Mit den Planungen geht eine erhebliche Entsiegelung einher, was aus wasserwirtschaftlicher Sicht zu begrüßen ist. Um die Versickerungsfähigkeit der Böden zu gewährleisten, hat nach Entsiegelung der Flächen eine Auflockerung der oberen Bodenschicht zu erfolgen. Es ist zu besorgen, dass aufgrund der bisherigen, langjährigen Nutzung durch den Gartenbaubetrieb der Oberboden derart verdichtet wurde, dass eine Versickerung nur bedingt erfolgen kann.

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis wird beachtet. Nach Entsiegelung der Flächen wird die obere Bodenschicht aufgelockert.

Der satzungsgemäße Räumstreifen der SA Stickhausen entlang des Gew. II. O. ist freizuhalten. Die Sielacht ist am Verfahren zu beteiligen.

Abwägungsvorschlag:

Der Räumstreifen ist im Bebauungsplan als eine mit Geh- und Fahrrechten zu belastende Fläche festgesetzt. Die Sielacht Stickhausen wurde und wird am Verfahren beteiligt.

Nach unseren Unterlagen befinden sich auf dem Gelände der ehemaligen Gärtnerei Entnahmebrunnen, deren genaue Standorte jedoch nicht aktenkundig sind. Die Brunnen sind ausfindig zu machen und fachgerecht zurückzubauen. Der Rückbau ist im Vorfeld mit meiner unteren Wasserbehörde vor Umsetzung der baulichen Maßnahmen abzustimmen. Hierzu verweise ich auf die bereits ergangene Stellungnahme aus Januar 2023. Diese wurde in der aktuellen Abwägung nicht berücksichtigt.

Abwägungsvorschlag:

Auf den ehemaligen Gärtnerflächen befinden sich zwei Wasserentnahmestellen, bei denen es sich nicht um gemauerte Brunnen, sondern lediglich um Bohrlöcher handelt, aus denen zu Betriebszeiten der Gärtnerei Wasser entnommen wurde. Im Rahmen der Flächenvorbereitung und der Bautätigkeiten für die Errichtung der PV-Anlage werden die in die Erde gelassenen Rohre entfernt.

Hinweise:

Im B-Plan ist darauf hinzuweisen, dass mit Anpflanzungen (Hecken, Bäume etc.) und baulichen Anlagen jeglicher Art (Wohnhäuser, Carports, Gartenhäuser, Zäune, Pflasterungen etc.) ein Mindestabstand von 1,00 m zu Oberflächengewässern III. Ordnung (Gräben etc.) gemessen ab Böschungsoberkante einzuhalten ist.“

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis findet sich in der Planzeichnung und in Kapitel 9, Punkt 9 der Begründung zum Bebauungsplan.

Städtebaulicher Bedenken

Die textliche Festsetzung Nr. 1 zur Art der baulichen Nutzung ist in Bezug auf das Sondergebiet SO 3 zu konkretisieren. Die Formulierung zur Neuerrichtung von Gebäuden oder Verkehrsflächen bei Abgang dieser, ist zu unbestimmt. Die Begrifflichkeit „abgängig“ ist kein bestimmter Begriff des Planungsrechtes. Die Festsetzung ist daher deutlich zu konkretisieren und die Möglichkeit zur Neuerrichtung auf bestimmte Ereignisse und den möglichen Umfang einzuschränken.

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis wird beachtet. Die textliche Festsetzung Nr. 1 zur Art der baulichen Nutzung in Bezug auf das Sondergebiet SO 3 wurde angepasst. Eine Neuerrichtung von Gebäuden ist nicht zulässig.

Das Sondergebiet SO 3 ist durch eine Knödellinie im Sinne des § 16 Abs. 5 BauNVO vom Sondergebiet SO 1 zu trennen.

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis wird beachtet. In der Planzeichnung wurde zwischen den Sondergebieten SO 1 und SO 3 eine Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung („Knödellinie“) eingefügt.

Abfallrechtliche und bodenschutzrechtliche Hinweise

Folgende Hinweise sind in die Begründung sowie in die Planzeichnung aufzunehmen bzw. entsprechend abzuändern:

1. Die Errichtung der Freiflächen-PV-Anlage soll auf einer kultivierten Moorfläche erfolgen. Im Hinblick auf die Gestaltung von PV-Freiflächenanlagen auf Moorböden sind mit dem Ziel der Erhaltung und Sanierung degradiert Moorböden die Hinweise in der LABO-Arbeitshilfe „Bodenschutz bei Standortauswahl, Bau, Betrieb und Rückbau von Freiflächenanlagen für Photovoltaik und Solarthermie“ vom 28.02.2023 zu beachten (https://www.labo-deutschland.de/documents/LABO-Arbeitshilfe_FFA_Photovoltaik_und_Solarthermie.pdf).
2. Die bei den Bauarbeiten anfallenden Abfälle (z. B. Baustellenabfälle) unterliegen den Anforderungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und sind nach den Bestimmungen der Abfallentsorgungssatzung des Landkreises Aurich in der jeweils gültigen Fassung einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen. Hierunter fällt auch der bei der Baumaßnahme anfallende Bodenaushub, welcher nicht am Herkunftsort wiederverwendet wird. Der Verbleib des Bodenaushubs, der bei Baumaßnahmen und der Erschließung an-

fällt und nicht am Herkunftsort wiederverwendet wird, ist vorab mit der Unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde des Landkreises Aurich abzustimmen. Ggf. sind Beprobungen und Untersuchungen des Bodenmaterials erforderlich.

3. Bei Hinweisen, die auf bisher unbekannte Altablagerungen auf dem Baugrundstück schließen lassen, ist die Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde des Landkreises Aurich unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiten sind unverzüglich einzustellen.

4. Sofern es im Rahmen der Bautätigkeiten zu Kontaminationen des Bodens kommt, ist die Untere Bodenschutzbehörde des Landkreises Aurich unverzüglich zu informieren. Geeignete Maßnahmen, die ein weiteres Eindringen in den Boden oder die Ausbreitung von Schadstoffen verhindern, sind unverzüglich einzuleiten.

5. Die im Zuge von Baumaßnahmen verdichteten Bodenflächen, die nach Beendigung der Maßnahme nicht dauerhaft versiegelt werden, sind durch Bodenauflockerung (z. B. pflügen, eggen) in der Form wiederherzustellen, dass natürliche Bodenfunktionen wieder übernommen werden können.

6. Baubeschreibungen und Ausschreibungstexte für Bauleistungen sind so zu formulieren, dass zu Ersatzbaustoffen aufbereitete mineralische Abfälle, die die Anforderungen des § 7 Abs. 3 KrWG erfüllen, gleichwertig zu Primärstoffen für den Einbau zugelassen und nicht diskriminiert werden.

Sofern im Rahmen von Baumaßnahmen Recyclingschotter oder sonstige Ersatzbaustoffe eingesetzt werden sollen, haben diese die Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung (ErsatzbaustoffV) zu erfüllen. Die Untere Abfall- und Bodenschutzbehörde des Landkreises Aurich behält sich vor, Nachweise anzufordern, aus denen hervorgeht, dass diese Anforderungen eingehalten werden.

Abwägungsvorschlag:

Der Hinweis Nr. 1 wird bei der Errichtung des Solarparks beachtet.

Die in den Punkten 2. bis 6. genannten Hinweise sind Bestandteil der Planzeichnung und in Kap. 9 der Begründung zum Bebauungsplan enthalten.

I. Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Einwender Nr. 1, Schreiben vom 12.05.2024

Die Stellungnahme vom 16.01.2023 zu diesen Projekten bleibt im vollen Umfang bestehen.

Auf die Abwägungsvorschläge im 1. Auslegungsverfahren wird verwiesen.

Von meiner Seite recht herzlichen Dank für die Bereitstellung der Unterlagen von Thalen Consult GmbH mit dem Thema Oberflächenentwässerung , hier dargestelltes Konzept.

Zu 1 des Konzeptes: Veranlassung eines Konzeptes zur Oberflächenentwässerung. Dient der rechtlichen Absicherung des B-Planes , ist aus meiner Sicht in Ordnung.

Zu 2 des Konzeptes: richtige Darstellung der Verhältnisse. Aus meiner Sicht in Ordnung.

Zu 3.1 des Konzeptes: geplante Maßnahmen: hier wird gefordert ein lückenloser Nachweis sämtlicher Arbeiten in schriftlicher Form .

Die geplanten und im Bebauungsplan festgesetzten Maßnahmen werden im Rahmen eines folgenden Bauantrags dokumentiert und beschrieben.

3.2 Man konnte in den Unterlagen keine gravierenden Maßnahmen zur Oberflächenentwässerung feststellen.

Die Oberflächenentwässerung wird in den Kapiteln 5.16 , 8 und 9 der Begründung zum Bebauungsplan thematisiert.

4. Die Zusammenfassung besagt keine Eingriffe in das Wasserhaushaltsrecht.

Persönliche Anmerkung:

Wie wird das Gebiet A21 und A28 Nord und Süd umweltfreundlich so wieder hergestellt, dass es keine Einflüsse auf Fauna / Flora und Habitat geben kann? Die Vergangenheit hat gezeigt das auf den Flächen ordentlich Müll produziert wurde, wie Folien etc. Diese Umweltbelastung muss entsorgt werden damit auch die Oberflächenentwässerung wieder funktionstüchtig agieren kann, mit verbunden natürlich auch das Grundwasser.

Mit Umsetzung der Planung werden die alten Folien und Gewächshäuser abgebaut und fachgerecht entsorgt. Die Photovoltaik-Module beanspruchen wenig Bodenfläche, so dass die Planung eine Verbesserung für den Naturhaushalt und die Niederschlagsversickerung darstellt.

Die Gebäude die noch vorhanden sind auf den genannten Flächen sind im Konzept nicht aufgenommen worden, das müsste nachgeholt werden.

Die Nutzung von betriebszugehörigen Lagerhallen und Lagerplätzen in bestehenden Gebäuden und auf bestehenden befestigten Flächen, von betriebszugehörigen Geschäfts- und Büroflächen in bestehenden Gebäuden sowie von Sanitäreanlagen, sofern bereits vorhanden, sind gemäß textlicher Festsetzung Nr. 1 des Bebauungsplanes nur im Baubestand zulässig. Eine Neuerrichtung von Gebäuden und Verkehrsflächen ist nicht zulässig. Siehe hierzu auch Kapitel 5.1 der Begründung zum Bebauungsplan.